



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Sonderausgabe

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher: 218 31-33r 1962

Fernschreiber 0 886 890

## Afrika sucht seinen Weg

Im Auftrag der Sozialistischen Internationale befinden sich der Chefredakteur des SPD-PresseDienstes, Günter Markscheffel, und der Chefredakteur des PresseDienstes der SPÖ, Josef Sterck, Wien, zur Zeit in Afrika auf einer Studienreise. In zwangloser Reihenfolge veröffentlichen wir die Berichte von Günter Markscheffel aus den besuchten Ländern, wo Markscheffel und Sterck Gelegenheit haben, mit den führenden Staatsmännern und Politikern Kontakte aufzunehmen. (Die Redaktion)

## Beobachtungen in Senegal

Dakar, Mitte Januar 1962

Wenn Europa heute nicht damit rechnen muss, dass Afrika morgen eine Zone kommunistischer Einflussmöglichkeiten wird, verdankt es dies zu einem grossen Teil der Tatsache, dass viele afrikanische Staatsmänner in ihrer Jugend die Ideen des demokratischen Sozialismus und der Freien Gewerkschaftsbewegung Europas kerngelernt haben. In Gesprächen mit diesen Männern werden Namen wie Jean Jaurès, Léon Blum, Viktor Adler, Otto Bauer, Clement Attlee und Kurt Schumacher häufiger erwähnt als in Europa selbst. Die Erklärung dafür liegt wohl darin, dass sich mit diesen Namen die Gedanken an einen humanistischen Sozialismus verbinden, der seine Aufgaben jenseits dogmatisch-sektiererischer Spekulationen sieht. Aber auch das praktisch-politische Verhalten des europäischen Sozialismus und der Freien Gewerkschaftsbewegung - von einigen Ausnahmen abgesehen - zu den Fragen des Kolonialismus, des Kampfes der afrikanischen Völker um ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit, hat sich hier tief eingepreßt. Dieses Verhalten hat eine Würdigung gefunden, von der man wünschte, dass mancher "Europäer" von heute ihr ein wenig mehr Respekt und - Dankbarkeit entgegenbrächte.

### Keine schablonenhafte Übernahme

Natürlich ist die geistige Verbundenheit vieler afrikanischer Politiker mit den Ideen des demokratischen Sozialismus keineswegs gleichbedeutend mit der schablonenhaften Übernahme europäischer Vorstellungen von Demokratie. Wenn zum Beispiel der Staatschef Senegals, Senghor, oder der Ministerpräsident von Senegal, Mamadou Dia, sagen, ihr Ziel sei es, dem Volk von Senegal eine Heimat zu schaffen, wo Staatsführung, Gesellschaft und Ökonomie in einem ständigen Ringen um "das bessere Sein" wirken können, wo der arbeitende Mensch in Freiheit und Gerechtigkeit nach Erfüllung seiner vollen Menschwürde streben kann, so führt uns dies zwar zu den Wurzeln des demokratischen Sozialismus in Europa, ist jedoch besetzt auf die "afrikanischen Voraussetzungen" gerichtet.

Hier zeigt sich sofort ein Problem, dessen Bedeutung vielleicht nicht überall in Europa erkannt wird. So Prozent der Bevölkerung Senegals lebt mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft. "Landwirtschaft" bedeutet - auf afrikanische Verhältnisse übertragen - zu einem

grossen Teil den erbitterten Kampf von Familiengemeinschaften um die nackte Existenz. Wenn also heute der unabhängige Staat die Bevölkerung Senegals zur inneren Unabhängigkeit und damit zur Entfaltung der eigenen Kraft führen will, muss er Jahrhunderte alte Traditionen der Gemeinschaftsarbeit in ein modernes System kooperativer Arbeit einbauen.

#### Dominierende Rolle der Genossenschaften

So entstand in Senegal das grosse Planungs- und Entwicklungsprogramm der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit seinen Problemen der Kaderbildung, der Modernisierung von Anbaumethoden, des gemeinsamen Ankaufs von Saatgut, Maschinen und Düngemitteln und mit der Neuorganisation des Verkaufssystems, sowie der rationalen Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Handel und Industrie. Diese ungeheure Arbeit wird vom Staat angeleitet, aber in der praktischen Durchführung besonders von jüngeren Mitgliedern der "Fortschrittlichen Senegals", der Regierungspartei, vorangetrieben. Überall im Lande sind Gruppen junger Praktiker unterwegs, die der Landbevölkerung durch Vorträge und Beispiele sagen und zeigen, worauf es ankommt.

Gute Kenner Senegals behaupten, die Landbevölkerung gehe sehr aktiv auf die von Staat und Partei gegebenen Anregungen ein, zumal die ersten Resultate der genossenschaftlichen Organisationen durchaus erfreulich sind. Ministerpräsident Mamadou Dia ist überzeugt, dass sich der Staat in einigen Jahren von der unmittelbaren Einflussnahme auf die Genossenschaften zurückziehen kann, weil dann genügend Kader vorhanden sein werden, die selbständig das begonnene Werk fortsetzen.

M' Son Ousman, Vizepräsident des Parlaments, Bürgermeister der aufstrebenden Provinzstadt Thiès und stellvertretender Generalsekretär der Partei, ein Praktiker von hohen Qualitäten, ist einer der motorischen Kräfte, die das Bindeglied zwischen Staat, Partei und Bevölkerung sind. Seine Vorstellung: "Wir werden die Traditionen unseres Volkes zur Basis einer modernen Gesellschaft machen. Jetzt handelt es sich darum, alle Kräfte auf die Stärkung des Selbstbewusstseins und auf die Einsicht zu konzentrieren, dass wir nur das sein werden, was wir selbst aus uns machen". Dieser Praktiker ergänzt den Philosophen und Professor der Sorbonne, Senghor, er ergänzt aber auch den Ökonomen Mamadou Dia. Die Stadt Thiès atmet modernes Leben. Junge Mitarbeiter - einer vor ihnen war kürzlich Teilnehmer eines Kurses in der Hainvolkshochschule Bergneustadt - stehen dem 53-jährigen "Chef" zur Seite. Sie beschleunigen die Einrichtung von Schulen, diskutieren mit den Bauern und kennen keine Müdigkeit. Wenn man mit ihnen diskutiert, zeigt sich eine überraschende Kenntnis internationaler Zusammenhänge, die mit dem gleichen Ernst besprochen werden wie etwa die Frage, ob die im Dorf X vorgesehene Wasserleitung schon jetzt für eine grössere Einwohnerzahl als die zur Zeit vorhandene angelegt werden soll oder nicht.

Das Land ist im Aufbruch, es sucht "seinen Weg", die führenden Köpfer sagen von sich, sie seien moderne Sozialisten.

#### Der Wert eigener Erfahrungen

Es entsteht hier eine merkwürdige Mischung von Missionsglauben und abwägender Einschätzung der realen Möglichkeiten. Industrie und Technik werden natürlich weiterentwickelt, besonders dort, wo gute Ansätze vorhanden sind, aber man will nicht forcieren. Staat und Partei führen eine dankbar für jede Hilfe auf diesem Gebiet, betonen jedoch gleichzeitig, dass man nicht die Absicht habe, das Entstehen eines von seiner Agrarherkunft entzweiten Industrieproletariats zuzulassen. Mamadou Dia sagt dazu, natürlich sei ausländisches Kapital für Industrieinvestitionen willkommen. Alles aber, was dadurch entsteht, müsse in den Rhythmus des Lebens in Senegal eingepasst werden.

Für uns Europäer ergeben sich aus dieser Betrachtungsweise bestimmte Konsequenzen. Es wäre wohl nicht klug, diesen Wunsch der führenden Männer Senegals zu ignorieren. Sicher, man kann Kapital investieren, man kann Ärzte, Techniker, Agronomen und Lehrer heranzubilden helfen. Diese Hilfe wird uns freudiger angenommen werden, je weniger sie den Beigeschmack des "in-jedem-Fall-Besserwissens" hat. Wenn ein Mann wie Senghor im Gespräch fragt, ob es nicht klug ist, das Volk eigene Erfahrungen machen zu lassen, dann heisst dies: Denkt bitte daran, dass die Europäer auch Erfahrungen sammeln mussten, ehe ihr das geworden seid, als was ihr euch heute vorkommt.

Vom Zimmer des Ministerpräsidenten Mamadou Dia im 9. Stock eines modernen Verwaltungsgebäudes schweift der Blick über das Meer, zur Sklaveneinsel. Dort wurden schwarze Menschen verkauft, gefoltert, wenn sie anbotssam waren und über hohe Felsen ins Meer gestürzt, wenn sie nicht mehr zur Arbeit tauglich schienen. Vielleicht ohne es zu wollen, erinnert wohl jeder Afrikaner den europäischen Besucher an diese Insel. Sie ist heute ein Ausflugsziel für Reisende, für die Einheimischen jedoch ein Symbol ...

#### Man wollte unter sich sein

Anfang Januar fand in Dakar der erste all-afrikanische Gewerkschaftskongress statt. 40 Länder waren vertreten. Die Gewerkschaftszentralen in Brüssel und Moskau waren nicht eingeladen, obwohl zahlreiche der Gewerkschaftsbünde, sei es dem Bund Freier Gewerkschaften, sei es dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund, angehören. Man wollte unter sich sein. Ziel der Konferenz war die Bildung einer afrikanischen Gewerkschaftszentrale, deren einzelne Mitgliedsorganisationen sowohl der einen wie der anderen Weltorganisation zunächst angeschlossen bleiben können. Beherrschendes Thema der Konferenz blieb der Drang nach dem "eigenen afrikanischen Weg".

In Gesprächen mit maßgebenden Persönlichkeiten der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung ist leicht zu erkennen, dass der Kommunismus geringe Chancen hat, Einfluss in Afrika zu gewinnen. Moskau hat wohl zu viele psychologische Fehler begangen und sehr schnell konnten die afrikanischen Gewerkschaftler erkennen, dass der Begriff "Imperialismus" nicht nur auf die früheren Kolonialmächte anzuwenden ist. Das bedeutet aber nicht die Hinneigung der afrikanischen Gewerkschaften zur westlichen Welt. Der Grund wird offen gesagt: Man will keine "gewerkschaftliche Blockpolitik".

Auch hier wird man in Europa und in den USA manches respektieren müssen, was sich einfach aus der besonderen Situation der jungen selbstständig gewordenen Staaten ergibt. Organisationsmethoden, und - Möglichkeiten des Rhythmus der Industrialisierung, die unterschiedliche Interessenlage der Arbeiterschaft und nicht zuletzt die unterschiedlichen Religionen, die verschiedensten politischen Strömungen, die zunächst in ihrer ganzen Vielfalt agieren, müssen von den Afrikanern selbst in Einklang gebracht werden, ehe klare Entscheidungen zu erwarten sind. Hilfe beim Aufbau der Organisationen, ohne Hintergedanken gegeben, wird in jedem Fall dankbar entgegengenommen.

Vieles weiss man darüber in Europa, vieles wird noch zu lernen sein. Eine Urmenge von Exporten aus allen Ländern durchstreift den schwarzen Kontinent. Dabei wird gewisse nützliche Arbeit geleistet, es werden Freundschaften angeknüpft und kühne Projekte entworfen. Alles das schadet nichts, es soll sogar sein. Den Menschen Afrikas wird es dienen, wenn diese selbst sich gefunden haben werden.

## Die Elfenbeinküste - ein grandioses Experiment

Abidjan - Januar 1962

Man sagt zwar in Abidjan, dass jetzt - Januar - die günstige Jahreszeit sei. Trotzdem lastet stets eine feuchte Hitze über der Elfenbeinküste. Europäer, die hier schon seit fünfundzwanzig Jahren leben, empfinden das Stöhnen des neu Angekommenen komisch. Sie lächeln mitteilend, sind aber gern bereit, mit guten Ratschlägen zu helfen.

Grüne Wälder sind das Kennzeichen der Elfenbeinküste. Die Hauptstadt Abidjan macht, mit Ausnahme des Afrikanerviertels, einen modernen Eindruck. Herrliche Hochhäuser längs der Küste, gute Strassen und ein durchaus europäisch anmutendes Leben lassen fast vergessen, dass man an die 5000 Kilometer von Paris entfernt ist. Das Leben und die äusseren Umstände aller Aktivitäten hier wirken mannigfaltiger und reicher als im Senegal. Kein Wunder, denn die Elfenbeinküste hat ein fruchtbares Hinterland, wo Kakao, Kaffee, Bananen, Ölfrüchte und sogar - in bescheidenem Umfang - Viehherden vorhanden sind. Die französische Kolonialverwaltung hat in jahrelanger und von den Afrikanern durchaus positiv bewerteter Arbeit die natürlichen Schätze des Landes erschlossen und auch heute noch, nach der Erreichung der Unabhängigkeit der Elfenbeinküste, ist Frankreich der entscheidende Importeur und Exporteur des Landes. Das Verhältnis zwischen Franzosen und Afrikanern ist gut. Dennoch spürt man in Unterhaltungen mit führenden afrikanischen Persönlichkeiten, aber auch in Gesprächen mit dem "Mann von der Strasse", dass die v ö l l i g e Unabhängigkeit vom alten Kolonialherrn fast als Wahziel der Staatspolitik der Elfenbeinküste betrachtet wird. Es gibt viele im Lande wohlhabend gewordene Franzosen, die sich darauf einstellen, in spätestens vier bis fünf Jahren ihre Geschäfte zu liquidieren und in die Heimat zurückzukehren.

Über das alles wird aber ganz offen gesprochen; von Franzosen und von Afrikanern. Der Übergang von der Kolonialherrschaft zur völligen Selbstständigkeit vollzieht sich in einer Atmosphäre der gegenseitigen Hochachtung, wobei natürlich auch Ausnahmen auf beiden Seiten zu verzeichnen sind.

### Volle Emanzipation

In einem Gespräch mit dem Präsidenten der Republik, Houphouët-Boigny wurde sehr deutlich, was die junge afrikanische Führungsschicht anstrebt: Die volle wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Emanzipation ihres Landes, die im Augenblick der politischen Unabhängigkeit noch nicht durchführbar erschien.

Auch hier gibt es, wie im Senegal, ausser der sehr wichtigen Entwicklungsproblemen industrieller und technischer Art das grosse und wie der Staatspräsident sagt, entscheidende Problem der gesellschaftlichen Strukturwandlung. Die Elfenbeinküste lebt mit ihren etwa drei Millionen Einwohnern zu neunzig Prozent von der Landwirtschaft. Ackerbau und Plantagenwirtschaft werden nach alter Tradition in Gemeinschaftsarbeit betrieben. Eine Ausnahme bilden natürlich die Plantagenunternehmen der früheren Kolonisatoren, wo man sich schlecht und recht als Landproletariat als billiger Arbeitskraft bediente. Seit zwei Jahren ist nun der Staat und die am Staat tragende Einheitspartei, die Demokratische Partei der Elfenbeinküste, bemüht, dieses seit langer Zeit bestehende System durch den Aufbau von Kooperativen abzulösen. Ähnlich

wie im Senegal ergibt sich hierbei die Aufgabe, durch Bildung neuer Agronomen- und Technikerkader, durch eine umfassende und das ganze Land durchdringende Erziehungsarbeit die Bevölkerung zunächst mit der Idee und dann mit der Praxis der Kooperativen vertraut zu machen. Gleichzeitig wird aber die ausländische Kapitalinvestition gefördert, die man nicht vernachlässigen möchte, da sie von der Staatsführung als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes betrachtet wird.

### "Moderner Staatskapitalismus"

Staatspräsident Houphouët-Boigny erläutert dieses Bestreben mit der von der politischen Führung anderer junger afrikanischer Staaten zum Teil kritisierten Notwendigkeit, den Übergang vom abhängigen Kolonialland zum selbständigen Staat so reibungslos wie möglich zu gestalten. Er und die von ihm geführte Partei wollen aber keinen neuen Privatkapitalismus. Houphouët-Boigny spricht von einem modernen Staatskapitalismus, der die Sicherheit ausländischer Kapitalinvestitionen garantiert, gemeinsam mit dem Auslandskapital gemischte Unternehmungen gründet und deren Gewinne im Verlauf von einigen Jahren einerseits zur Abkehrung ausländischer Kapitalinvestitionen, andererseits zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards benutzt.

Wahrscheinlich haben die ersten zwei Jahre der Unabhängigkeit gezeigt, dass Teile der neuen Führungsschicht bestrebt sind, sich in ihren Lebensgewohnheiten an die Stelle der früheren Kolonialherren zu setzen. Gerade dieser Tage wurde im Parlament ein Gesetz angekündigt, das den Staatsbeamten einschliesslich der Minister untersagen wird, über luxuriöse Wagen zu verfügen, sich kostspielige Privatwohnungen errichten zu lassen und sich Vorteile anderer Art zu verschaffen, die der Masse des Volkes nicht zugänglich sind. Dieses Gesetz ist der Ausdruck des Willens der Staatsführung, das übertriebene Geltungsbedürfnis und den in keinem Verhältnis zu den Lebensbedingungen des Volkes stehenden Aufwand einer verhältnismässig kleinen Führungsschicht abzustoppen.

Houphouët-Boigny sagte mir sehr offen, dass dieses Problem eine der grossen Gefahren für den jungen Staat sei. Wenn man es nicht vernünftig und schnell löse, werden die Kommunisten oder Politiker, die sich für solche halten, Gelegenheit finden, das Volk aufzuwiegeln. Diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, denn selbstverständlich suchen arme Landbewohner, die zu einem grossen Teil sogar aus Haiti oder den angrenzenden Ober-Volta stammten, in der relativ reichen und liberalen Elfenbeinküste Arbeitsplätze und ein besseres Leben. Sie massieren sich in den Städten und grösseren Ortschaften, verlieren dort bald ihre Illusionen, die Unterstützung durch ihre alte Stammesgemeinschaft, aus der sie kommen und werden zu einem unkontrollierbaren Heer, zu einer entwurzelten Masse von Unzufriedenen, die jeder Demagogie zugänglich sind.

Es war bezeichnend, dass die Parlamentsabgeordneten minutenlang klatschten, als der Staatschef das Gesetz gegen Korruption und neue Privilegien ankündigte ...

### Eine Ölfabrik

Wir hatten Gelegenheit, etwa sechzig Kilometer von Abidjan entfernt, im Inneren des Landes, eine Fabrik zu besichtigen, in der Palmölfrüchte zu Öl verarbeitet werden. Die Anlage stammt noch aus der Zeit der Kolonisation; es arbeiten dort ungefähr zweihundert Arbeiter. Als

wir uns mit den Arbeitern unterhielten, waren sie zunächst sehr zurückhaltend. Erst als wir ihnen sagten, wir seien aus Deutschland und Österreich und interessierten uns für ihr Leben und ihre Arbeitsbedingungen, wurden sie aufgeschlossener. Die in dieser Fabrik tätigen Arbeiter sind in vier Kategorien eingeteilt. In der ersten Kategorie, das sind Afrikaner, die zum ersten Mal in einer Fabrik arbeiten, wird pro Monat etwa viertausend afrikanische Francs gezahlt. Das entspricht einem Monatsverdienst bei vierzigstündiger Arbeitszeit pro Woche von ca. 75 DM. In der zweiten Kategorie erhält der Arbeiter als "Wortgeschrittener" zwischen 5000 und 7000 Francs, in der dritten, der Kategorie der bereits eingearbeiteten Arbeiter 8000 bis 12 000 Francs und in der vierten (Worarbeiter o.ä.) bis zu 15 000 Francs im Monat. Der Durchschnittsverdienst liegt also zwischen 10 000 und 12 000 Francs pro Monat, das ist ein Einkommen von etwa 200 DM.

### "Zu viel Geld für unnütze Sachen"

Man wäre es natürlich falsch, dieses Einkommen mit dem eines deutschen oder anderen europäischen Arbeiters zu vergleichen. Die Lebenshaltungskosten, d.h. alles was der Arbeiter kauft, zum Beispiel Kleidung, Schuhe, hochwertige Nahrungsmittel usw., kostet doppelt so viel wie in Europa. Dafür hat der afrikanische Arbeiter - wenigstens in der von uns besuchten Fabrik - eine kostenlose Wohnung und - theoretisch - kostenlose Gesundheitspflege. Unsere Gesprächspartner beschwerten sich sehr darüber, dass die Wohnverhältnisse unzulänglich seien, und dass in der Praxis von einer Versorgung im Krankheitsfalle keine Rede sein könne, da der zuständige Arzt nur sehr selten in ihr Dorf komme. Wir fragten die Arbeiter, ob sich ihr Los seit der Unabhängigkeit der Elfenbeinküste gebessert habe. Zögernd meinten sie, man könne diese Frage positiv beantworten, ihr Lohn habe sich um etwa zehn Prozent erhöht, aber vor allem sei die Behandlung besser, menschlicher geworden.

Da wir uns in Begleitung einer europäischen Parlamentariengruppe befanden, fragten wir die Arbeiter, ob sie wüßten, wer die Herren seien, worauf prompt die Antwort kam: "Konferenz Gemeinsamer Markt" - das hätten sie in der Zeitung gelesen, sagten sie, und sie hofften, dass mit Hilfe des gemeinsamen, sprich europäisch-afrikanischen Marktes, die europäischen Gewerkschaften ihnen helfen würden, den Anschluss an ein besseres Leben zu finden.

Wir konnten uns nicht vorstellen, dass unsere Gesprächspartner so wenig zu kritisieren haben und sagten ihnen, sie sollten uns einmal ganz offen die Frage beantworten, was ihnen nicht gefalle, was von ihnen kritisiert werde. Mit einer vagen Geste zeigte einer der Arbeiter auf die vierzig Autos, die afrikanische und europäische Parlamentarier zur Besichtigung der Fabrik gebracht hatten und meinte trocken: "Das da! Es wird bei uns zuviel Geld für unnütze Sachen ausgegeben."

Als wir uns von den Männern verabschiedeten, umringten sie uns mit strahlenden Gesichtern und ihr Wortführer sagte mit einem Ausdruck toller Dankbarkeit: "Wir haben schon viele Besichtigungen von solchen Herren gehabt. Seit mindestens einem halben Jahr seid ihr die ersten Europäer, die uns Fragen, wie es uns geht."

In Gedanken versunken, schlossen wir uns wieder der Besichtigungsgruppe an. An ihrer Spitze war Herr Furler, Präsident der Afro-europäischen Parlamentariertagung von Abidjan. Wir mussten an die Worte des Staatspräsidenten Houphouët-Boigny denken, der uns eindringlich gesagt hatte, er wisse sehr genau, was das Volk an der Elfenbeinküste von den Männern erwartet, die jetzt den Staat leiten ...

### "Deutsches Problem" in Afrika

Bei allen Sorgen und bei dem Bemühen, die grossen Probleme des eigenen Landes zu lösen, zeigen die führenden Männer eine erstaunliche Kenntnis der internationalen Fragen und Zusammenhänge. Atemlose Stille herrschte im Parlament, als Präsident Houphouët-Boigny die Haltung des Staates Elfenbeinküste zum Deutschland-Problem erläuterte.

Die Teilung Deutschlands, von den Deutschen nicht gewollt, ist eine Gefahr für den Weltfrieden, sagte der Präsident. Ostblock und Westblock haben jeder für sich die Absicht, dieses Deutschland in ihre Einflusssphäre zu bringen. Man könne Deutschland sicher noch lange friedlich auseinanderhalten, aber eines Tages werde dieses grosse und mächtige Volk zu seiner nationalen Einheit zurückfinden. Vielleicht werde es diesen Weg sogar mit Gewalt suchen. Dann müsse der Ausbruch eines neuen Krieges befürchtet werden, der alles zerstören werde, was Europa der Welt an Zivilisation, Kultur und Technik zu geben habe. Warum, so rief der Staatspräsident aus, versuchen die Grossmächte nicht, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Verhandlungsweg zu erreichen? Die Elfenbeinküste sei ein kleiner Staat, sie wolle neutral zwischen den Blöcken bleiben, sie werde aber stets bemüht sein - vor allem in der UNO - ihren Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West zu leisten.

Es gab in dieser bedeutenden Rede des Staatspräsidenten noch einige andere Passagen, in denen er den Wunsch nicht nur des Staates Elfenbeinküste, sondern auch anderer junger afrikanischer Staaten zur Neutralität zum Ausdruck brachte. Es scheint mir ein wichtiges Zeichen der politischen Entwicklung in den jungen afrikanischen Staaten zu sein, dass sie nicht nur wegen ihrer augenblicklichen Ohnmacht, sondern ganz bewusst als Afrikaner eine vermittelnde Rolle im Ost-West-Konflikt spielen wollen.

Mit einem feinen Lächeln sagte Houphouët-Boigny in einer Privat-Audienz: "Sehen Sie, wir kennen sehr gut unsere Fehler, aber wir kennen auch die Fehler der Europäer. Die europäische Geschichte hat uns gelehrt, dass keines der grossen Probleme mit Gewalt gelöst werden kann. Wir Afrikaner wollen versuchen, die gleichen Fehler zu vermeiden."

### Mangel an Psychologie

Es wäre vermessen, sagen zu wollen, dass man nach einem kurzen Aufenthalt an der Elfenbeinküste die entscheidenden Probleme dieses jungen Staates richtig erkannt hat. Aber auch sehr gute Kenner Afrikas, die schon jahrelang dort leben und arbeiten, bestätigen - ebenso wie in Senegal -, dass es in der riesigen Kontinent eine Fülle von soziologischen und Gesellschaftsproblemen gibt, deren Bedeutung genau so gross ist, wie die industriellen Entwicklungsvorgänge. Gerade diese Männer bedauern, wie selten Techniker, Industrielle, Parlamentarier oder Geschäftsleute bereit sind, das ineinandergreifen der materiellen und psychologischen Komponenten der jungen afrikanischen Staaten entsprechend zu würdigen.

Man darf nicht vergessen, dass die Kolonisation in Afrika hauptsächlich verdienen wollte, und dass mancher Afrikaner - bewusst oder unbewusst - auch die "Kolonisation" als eine modernere und liberalere Form der Kolonisation betrachtet. Viele Afrikaner meinen auch, Europa gebe heute dem afrikanischen Kontinent das, was es früheren Jahrhunderten aus ihm an Gewinnern gezogen habe. Diese Überlegung mag übertrieben sein, sie ist aber vorhanden. Ein europäischer Parlamentarier, der sich nach einer Konferenzwoche in Abidjan mit den Worten verabschiedete: "Ich denke jetzt nur darüber nach, wie wir vermeiden können, dass wir hier Geld verlieren", ist ein schlechter Botschafter Europas ...

Mali-Drehscheibe zwischen Ost und West

Bamako (Mali) Januar 1962

Präsident Faurer schritt die Ehrenkompanie ab, die zu seinem Abschied nach einem kurzen Besuch in Bamako, der Hauptstadt Malis, angetreten war, als eine tschechische Maschine landete und eine Freundesdelegation aus der CSR brachte, die an einer ersten afrikanischen Konferenz des Weltfriedensbundes teilnehmen sollte. Das grösste Hotel in Bamako, sauber gehalten und inmitten der Stadt gelegen, beherbergt Russen, Tschechen, Israelis, Franzosen, Deutsche aus der Bundesrepublik und aus der SBZ. Dazu kommen Inderinnen, Japanerinnen, Barmesinnen - ein lautes kosmopolitisches Bild, das den Anschein erweckt, als gäbe es keinen Ost-West-Konflikt. Ausserdem ist der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Mikoyan, in Bamako. Fast hätten sich Faurer und Mikoyan auf dem Flugplatz gekreuzt, denn - so merkwürdig es klingen mag - Mikoyan reiste einen Tag vor dem angegebenen Abflugtermin nach Moskau zurück.

Beispiele verfehlter Afrikapolitik

Die Männer an der Spitze von Mali werden von vielen westlichen Diplomaten und Besuchern aus Europa und Amerika für Kommunisten gehalten. Spricht man mit ihnen darüber, dann lächeln sie nur. Sie sagen: Unser Land ist nicht so reich wie etwa die Elfenbeinküste, Senegal oder Togo. Wir brauchen viel mehr Hilfe als die anderen und ausserdem haben die früheren Kolonialherren noch mehr aus dem Lande herausgeholt, als unbedingt notwendig gewesen wäre. Sie haben ein paar Schulen und Strassen gebaut, aber die grosse Masse des Volkes vernachlässigt. Jetzt müssen wir Hilfe von dort her nehmen, wo sie angeboten wird.

Es gibt hier in Mali merkwürdige Beispiele einer verfehlten Afrikapolitik, sei es der Amerikaner oder anderer westlicher Staaten. Als sich Mali von Senegal trennte und die Eisenbahnlinie zwischen Bamako und Dakar unterbrochen wurde, entstand für die Mali-Regierung das grosse Problem der Verkehrsverbindung nach der Küste. Die Regierung wandte sich an die Amerikaner, ohne Erfolg. Zeitweise befürchtete man in Bamako kriegerische Auseinandersetzungen mit Senegal und bat in den USA um Waffen. Auch ohne Erfolg. Dagegen kamen die Waffen sofort aus Kroatien und Jug. An die hundert Lastwagen von Krupp, stellte die Bundesrepublik zur Verfügung. Das Volk ist von den Krupp-Lastwagen begeistert. In allen Unterhaltungen wird die Qualität der Wagen und die Hilfsbereitschaft der "Deutschen" gelobt. Aber aus welchem Teil Deutschlands die Lastwagen gekommen sind, weiss man nicht so genau. Bei der Staatspitze ist man natürlich darüber im Bilde; im Volk jedoch macht man zwischen Ost- und Westdeutschland keinen Unterschied.

Folgende nette Geschichte erfuhren wir in Bamako. Die Zonengewerkschaften haben der Gewerkschaftsorganisation von Mali einen Filmvorführwagen und einiges andere Material geschenkt. Kurz darauf bedankte sich ein Minister bei einem Empfang bei dem Botschafter der Bundesrepublik für die "grossartige Hilfe aus Deutschland". Wir konnten nicht erfahren, ob der deutsche Botschafter den Mali-Minister in diesem Fall aufklärte ...

Mehr Schulen als Lehrer

Auch in der Republik Mali mit ihren drei Millionen Einwohnern, von denen rund 100 000 in der Landeshauptstadt Bamako wohnen, ist das



Problem Nr. 1 die Entwicklungshilfe, aber noch in stärkerem Maße als besonders das Suchen nach wirkungsvollen Methoden für die schnelle Heranbildung von technischen, landwirtschaftlichen und allgemeinbildenden Kadern. Der Präsident der Nationalversammlung, Haïfarah, sagte aus, dass das Problem der Kaderebildung eigentlich noch die anlaufende Entwicklungshilfe überschattet. Die des Lesens und Schreibens kundige Bevölkerung ist hauchdünn. Kenntnisse erwarb man fast ausschliesslich in Missionschulen. Jetzt muss auf den Dörfern in Bile nachgeholt werden, was in Jahrzehnten der Kolonialherrschaft versäumt wurde.

Genaue Kenner der Verhältnisse in Mali versichern, dass die Bevölkerung mit erstaunlicher Energie dem Bildungsrappell der Regierung und der Partei folgt. Es sind im letzten Jahr in einer Art Arbeitsdienst mehr Schulen gebaut worden, als Lehrer zur Verfügung stehen. Natürlich darf man sich unter Schulen nicht etwas Ähnliches wie in Europa vorstellen. Man hat in den Dörfern einräumige Lehnhäuschen gebaut, wo die Kinder nun täglich hinkommen, um die Anfänge einer fragmentarischen Allgemeinbildung kennenzulernen.

Ein grosses Hindernis bei der Bewältigung dieser Aufgabe ist die Sprachervielfalt und der Mangel an einer Schriftsprache. In der Nähe der Städte begnügt man sich daher zunächst mit der französischen Sprache und dem europäischen Alphabet, weil auf diese Weise der Übergang von der Sprache der Gebildeten und schon Fortgeschrittener Arbeiter und Geschäftsleute zur Entwicklung einer eigenen Sprache reibungsloser verläuft. Um sich einen Begriff zu machen, wie schwer es für die Regierung, die Partei und die Gewerkschaften ist, irgendeine ihrer Ideen unter das Volk zu bringen, muss man wissen, dass die einzige in Mali erscheinende Zeitung (in französischer Sprache) eine Auflage von nur 1200 hat.

Das Leben in Bamako ist urwüchsiger, d.h. afrikanischer als in Städten wie Dakar oder Abidjan. Auffallend ist auch das auf Schritt und Tritt spürbare Bemühen der jetzigen Führungsschicht, ihren eigenen Lebensstandard nicht übermässig luxuriös und daher im Gegensatz zum Lebensstandard des Volkes zu halten. Gerade während unserer Anwesenheit wurde ein neues Steuergesetz angekündigt, das die Einkommen der Ministerialbürokratie und anderer ähnlicher Führungsgruppen im Staat um etwa 30 bis 40 Prozent kürzen wird. Der Präsident der Republik, Modibo Keita, und mit ihm das Parlament, halten diese Massnahme für notwendig, um nicht eine Situation entstehen zu lassen, in der die neue Führungsschicht nichts anderes wäre, als der Adelschicht der alten Beherrscher des Landes, der Kolonialisten.

#### Diplomatische Aktivität Moskaus

Die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten geben sich die grösste Mühe, um in der Malirepublik festen Fuss zu fassen. Allein die Sowjetbotschaft verfügt über ein Personal von 30 Angestellten. Ausserdem sind in Lande etwa 300 sowjetische Geologen tätig, die angeblich nach Bodenschätzen suchen. Die Botschaft der DDR hat nur neun Angestellte. Für die DDR ist eine Handelsmission in Bamako tätig, die ausserdem über einen sogenannten Öffentlichkeitsarbeits-Attaché verfügt. Diese DDR-Vertretung bemüht sich hauptsächlich um Kontakte mit den Gewerkschaften. Man muss sagen, mit einem gewissen Erfolg. In der Vorhalle des Gewerkschaftshauses sieht man nur Bilder aus Ostdeutschland; Ulbricht und Grottel. Die Bundesdelegation des FDGB in Bessan und zahlreiche Bilder von DDR-Sportlern, die bei der Olympiade in Rom Erfolge erzielen konnten. Natürlich wird bei keinem der Bildertexte auf die Teilung Deutschlands hingewiesen oder auch nur angedeutet, dass es sich um Bilder aus der DDR handelt.

Die Botschaft der Bundesrepublik ist schwach besetzt. Sie verfügt nicht einmal über einen Sozialattaché, der gerade in Mali ein besonders weites Wirkungsfeld hätte. Sehr angesehen ist der Botschafter von Israel. Der Mann ist kein Karrierediplomat, sondern kommt aus der Kibbuzbewegung. Er hält das Gerücht vom "kommunistischen Mali" für überflüssig. Israel hat ausser seinem Botschafter eine Reihe von Experten nach Mali geschickt; darunter einen Spitzenfachmann für Wasserwirtschaft und einen für Landwirtschaft.

"Wir wollen uns niemandem anbiedern."

Ein Besuch beim Generalsekretär der Mali-Gewerkschaften war sehr aufschlussreich. Der Mann ist Mitte Dreissig, und er erklärt die Probleme seines Landes mit einer derartigen Konzentriertheit, dass man sofort die langjährige Schulung des Gewerkschaftlers spürt. Er hat völlig erkannt, dass vor einer eigentlichen Gewerkschaftsbewegung noch keine Rede sein kann. Aber dieses Bekenntnis stört ihn nicht, er spricht es sogar mit einem gewissen Stolz aus und verweist darauf, dass die früheren Beherrscher des Landes kein Interesse daran hatten, die arbeitenden Menschen als ihresgleichen zu behandeln.

Weit davon entfernt, bei solchen Bemerkungen etwa Hass gegen die Franzosen spüren zu lassen, versucht der Generalsekretär seinem Besucher klar zu machen, dass der jetzt in Mali beschrittene Weg einfach eine Notwendigkeit ist, die sich aus der besonderen Situation des Landes ergibt. Akzentuierter als an der Elfenbeinküste oder in Senegal wird uns hier jedoch deutlich gemacht, dass man sich von niemandem in den Aufbau des Staates hineinreden lassen möchte. Auf unsere Frage, ob denn das nicht schon von den Ostblockländern geschehen sei, erhalten wir prompt die Antwort: "Von Westen hat sich ja noch niemand richtig an uns gekümmert"

Gleich darauf kommt aber wieder die Bestätigung, dass die Lastwagen von Krupp eine entscheidende Hilfe für das Volk von Mali waren und dass "von letzten Dorfbewohner bis zum Minister" jeder dafür dankbar sei.

Der Generalsekretär erzählte aber auch folgende Geschichte: Als die Kontingente und das Begleitpersonal von Krupp in Darako ankamen, habe er geglaubt, diese Leute, die doch nach seiner Meinung auch gewerkschaftlich organisiert sein müssten, würden mit der Mali-Gewerkschaft Fühlung aufnehmen. Leider ist das nicht geschehen und die in den Werkstätten des Transportministeriums mit den Deutschen arbeitenden Mali-Arbeiter hätten kaum einen Kontakt mit ihren Kollegen gehabt, soweit es nicht unmittelbar bei der Arbeit war. Wir fragten den Mann, ob es unter diesen Umständen nicht seine Aufgabe als Generalsekretär der Gewerkschafter gewesen wäre, die deutschen Kollegen anzusprechen. Die Antwort: "Wir wollen uns niemandem anbiedern und erst recht nicht aufdrängen".

Natürlich haben wir den Generalsekretär gefragt, ob er mit dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften Kontakte wünsche, nachdem doch bekannt sei, dass die Mali-Gewerkschaften mit dem Weltgewerkschaftsbund in Fühlung stehen. Die Antwort war positiv, und mit einem kaum merklichen Lächeln sagte der Generalsekretär - scheinbar ohne Zusammenhang mit dem von uns gerade diskutierten Problem -: "Ich weiss nicht, ob Herr Mikoyan hier sehr zufrieden war; er fährt schon morgen früh ab."

### Drehscheibe zwischen Ost und West

Die Mali-Republik ist heute die Drehscheibe zwischen Ost und West in Afrika. In letzter Zeit scheint sich das Verhältnis zwischen Mali und der Elfenbeinküste zu verbessern. Unauffällige Besuche der beiden Staatspräsidenten und ständige Kontakte anderer führender Männer beider Länder deuten darauf hin. Beide Länder sind daran interessiert, dass zwischen ihnen ein innerer Ausgleich zustandekommt. Die Elfenbeinküste mit ihrem natürlichen Reichtum zieht viele arme Mali-Bewohner an. Ihre genaue Zahl kennt man nicht, da die Fluktuation zur Zeit der Kolonialherrschaft vor allem während der Erntemonate an der Elfenbeinküste nicht nur stillschweigend geduldet, sondern sogar begünstigt wurde. Die Folge davon ist jetzt, dass sich an der Elfenbeinküste ein dem eigenen Lande entwurzelter Proletariat festsetzt und zu einer Gefahr für den jungen Staat wird. Ausserdem bedingt das langsame Entwicklungstempo Malis auch die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften nach der Elfenbeinküste, wodurch die in Mali sehr schwierige Aufbauarbeit noch zusätzlich gehemmt wird.

Die Staatsführungen beider Länder scheinen daher entschlossen zu sein, mit der Zeit eine Art inneren Lastenausgleich vorzunehmen, ohne dadurch die Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrer Länder zu beeinträchtigen. Das ist natürlich ein Vorhaben mit langen Fristen. Aber da man das Problem erkannt hat, und in Bamako keineswegs gewillt zu sein scheint, den Ostblockstaaten einen Freiplatz in Mali zu gewähren, angehen sich auch für die Westmächte neue Perspektiven.

Vielleicht wird es notwendig sein, einige in früherer Zeit vereinzelt gefasste Meinungen zu revidieren. Der Besuch des Präsidenten des Parlaments der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Professor Furler, in Bamako, bietet hierfür gute Ansätze. Furler hat einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen, man lobt überall seine Zurückhaltung und Bescheidenheit und hört oft ein Kompliment, das der Afrikaner selten einem Europäer subilligiert: "Der Mann kann zuhören, ohne dazwischen zu sprechen."

### Prestiger Abschied Nikoyans

Als wir von Bamako abflogen, war "Grosser Bahnhof" Nikoyan und sein Gefolge, keineswegs freundlich dreinschauend, verabschiedeten sich buchstäblich frostig. Ob es daran gelegen haben mag, dass nach Herrn Nikoyan während seines Aufenthaltes in Mali nicht der Staatspräsidenten, sondern der Justizminister als Begleiter mitgegeben hatte, wird man wohl nie erfahren. Auffallend war jedoch, dass Professor Furler vom Staatspräsidenten empfangen wurde, während einen Tag vor der Ankunft Nikoyans in Bamako eine grosse Ministerdelegation, zu der auch der Generalsekretär der Partei gehörte, nach Paris zu wichtigen Verhandlungen mit der französischen Regierung abgeflogen war.

Mali wird sicher noch lange die Drehscheibe von Ost und West in Afrika bleiben. Es wird aber auf den Westen ankommen, an welcher Punkt dieses Roulettes halt macht. Ob sie an diesem Punkt ihren eigenen Weg nehmen wird, einen Weg, der der afrikanische Weg ist, bleibt noch offen.

### Ober-Volta christlichsozial? Arm und verwirrend.

Ouagadougou, die Hauptstadt von Ober-Volta, besteht aus zwei gegenüberlich voneinander getrennt gehaltenen Teilen. Der eine Teil ist so afrikanisch, wie man sich Afrika in Europa vorstellen mag. Brüllende Motore lastet auf staubigen Straßen, im Schatten liegen Kinder, Frauen und Männer, die sich ausruhen. Dazwischen flitzen europäische und amerikanische Wagen, deren Insassen oft so aussehen, als ginge sie das Leben hier nichts an. Und doch sind es keine "Touristen". Die meisten in Ober-Volta Lebenden Europäer haben sich eine Aufgabe gestellt. Entweder sind sie Techniker, Ärzte, Missionare, Lehrer oder Mitglieder einer der zahlreichen europäischen und amerikanischen Organisationen, die in Ober-Volta helfen wollen, neues Leben zu organisieren. Natürlich gibt es auch reiche Geschäftsleute, Überbleibsel der früheren Kolonialherren; sie und auffallend viele Libanesen beherrschen Mandak und Wandak. Schon wenige Tage Aufenthalt in Ouagadougou genügen, um die zwischen diesen beiden Gruppen von Nichtafrikanern bestehende Scheidewand zu erkennen.

#### Keine Industrie

Ober-Volta ist arm. Seine etwa drei Millionen Einwohner leben zu 90 Prozent von einer wenig ergiebigen Landwirtschaft. Man kennt kaum moderne Bewirtschaftungsmethoden. Was erzeugt wird, muß den unmittelbaren Familien- oder Stammesbedarf decken. Privateigentum an Grund und Boden gibt es kaum. Deswegen muß die Staatsführung auch hier der Gemeinschaftsgedanken fördern, sie muß alte Familien- und Stammesstrukturen der Gemeinwirtschaft zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsaufbaues und einer neuen Ökonomie machen.

Da es in Ober-Volta kaum Industrie gibt, haben die Gewerkschaften keine Bedeutung. Nur unter der früheren französischen Verwaltung konnte eine gewerkschaftsähnliche Organisation von Behördenangestellten, Eisenbahnern und einigen wenigen Arbeitern eine Art Gewerkschaftsorganisation aufrechterhalten. Seit dem Tage der Unabhängigkeit jedoch versucht die Staatsführung diese Ansätze der früheren Gewerkschaftsbewegung zu einem der Pfeiler des Staatesaufbaues und der Neuerung zu machen.

#### Welt der Widersprüche

Selbst wenn man sich in der alten Stadt Ouagadougou bewegt, wo Lehnhütten und kleine Strohhäuschen in der Mehrzahl sind, merkt man von der neuen Zeit nicht viel. Aber schon einige hundert Meter davon entfernt, erhebt sich die neue Stadt. Für die Armut des Landes unverhältnismäßig kostspielige Verwaltungs- und Regierungsgebäude, der Ausbau eines großen internationalen Hotels, Ministerien und das Präsidentenpalais erinnern an eine unnatürliche Kulisse, die gar nicht in das normale Leben paßt. Wenn man dann noch auf den breit angelegten Boulevards Frauen mit nacktem Oberkörper und splitternackte Kinder vorbeiziehen sieht, fühlt man sich in das Zentrum einer Welt voller Widersprüche versetzt.

In Ouagadougou, aber auch in Ländern draußen ist man gut christlich. Auf Schritt und Tritt begegnet einem die Missionschulen, katholische und protestantische Bethäuser und sanitäre Einrichtungen, die in

früheren Jahren bestimmt dem Volk von Ober-Volta zum Segen gereicht haben. Aber wenn auch unser Chauffeur stolz darauf verweist, daß er katholisch getauft wurde und des Lesens und Schreibens kundig sei, so antwortet er doch auf die Frage, ob er eine oder mehrere Frauen habe, mit ruhiger Selbstverständlichkeit: "Ich habe drei Frauen". Als wir vorsichtig zu erfahren versuchen, ob denn der Herr Pfarrer nichts dagegen einzuwenden habe, blickt uns unser Begleiter erstarrt an. Er hat diese Frage offenbar gar nicht verstanden, denn - wie wir später erfahren haben - es die Missionare aufgegeben, ihren Schützlingen das christliche Ideal der Monogamie zu predigen.

Das hat seinen Grund. Die Frau ist in vielen Ländern Afrikas eine sehr wichtige Arbeitskraft für die Familie. Oft muß sie stundenlang laufen, um Wasser zu finden. Mit einer Frau allein könnte also ein Familienvater kaum seinen kleinen Hausstand zusammenhalten. Dem spielt auch die große Kindersterblichkeit eine Rolle. In allgemeinen sterben auch heute noch in Ober-Volta bis zu 40 Prozent der Neugeborenen, bevor sie das Alter von zwei Jahren erreicht haben. Der Nahrungsmangel ist so groß, daß die meisten Mütter versuchen, ihr Kind im ersten oder zweiten Jahr selbst zu säugen. Während dieser Zeit schonet der Mann die Mutter des Kindes. Er wird die leichteste Arbeit zugewiesen, sie darf sich nur um das Kind kümmern. Die Missionare wissen das natürlich alles, und, obwohl die Polygamie den christlichen Grundgedanken widerspricht, muß man wohl oder übel auch heute noch den in Ober-Volta gegebenen Zustand anerkennen. Würde man ernsthaft versuchen, ihn mit der Taufe zu ändern, müßte man damit rechnen, die neugewonnenen Christen wieder zu verlieren.

#### Gespräch mit den Präsidenten

Die führenden Männer der jungen Republik Ober-Volta sind meist selbst Christen. Viele von ihnen haben mittlere Missionsschulen besucht, und wir konnten mit einigen sprechen, deren Bildungsniveau durchaus auf der Höhe eines gutgebildeten Europäers ist. Vielleicht kommt es daher, daß man in Ober-Volta eher geneigt zu sein scheint, gewisse ausländische Vorstellungen vom Aufbau der neuen Gesellschaft zu übernehmen. Es wäre aber falsch, wollte man behaupten, daß die Leute an der Spitze des Staates stehenden Männer darauf verzichten würden ihre uralten Stammeseigenarten plötzlich aufzugeben. Der Staatsoberhaupt ist im Grunde für die meisten Einwohner des Landes immer noch der Stammesfürst. Die Minister, hohe Verwaltungsbeamte, von denen viele hervorragende europäische Schulen besucht haben, fühlen sich nach wie vor mit ihrem Stamm verbunden und versuchen nur ganz langsam, seit der Unabhängigkeit zu einer Veränderung der Gesellschaftsstruktur zu kommen.

Als wir mit dem Präsidenten der Republik, Yameogo, in dessen Arbeitszimmer sprechen, habe wir das Gefühl, in Paris vor einem hohen Beamten des Außenministeriums zu sitzen. An der Wand hängt das Bild des französischen Staatspräsidenten de Gaulle mit einer persönlichen Widmung. Das Arbeitszimmer des Präsidenten ist mit letzter Raffinesse eingerichtet. Der Präsident spricht ein makellos gepflegtes Französisch und manchmal hat man den Eindruck, daß er ganz über den Dingen steht, wenn er die Probleme seines Landes und seines Volkes diskutiert.

### Funktionäre sind Häuptlinge

Er sagt ganz offen, er habe die Stammeshäuptlinge seines Landes zu Gebietsfunktionären der Einheitspartei gemacht. Während sie draußen noch die Würde des Häuptlings genießen, sind sie in Wirklichkeit doch Staatsbesetzte. Wo man nicht einsehen wollte, daß dies notwendig sei, habe man "sanfte Gewalt" angewandt. Gewiß, es sei niemandem ein Haar gekrümmt worden, aber man habe den Häuptlingen doch begreiflich zu machen gewußt, daß eine neue Zeit angebrochen sei. Eine Opposition, so sagt der Präsident, könnte sein Land im Augenblick nicht brauchen. Wir müssen der Masse unseres Volkes erst einmal klarmachen, daß unser Staat nur leben kann, wenn alle seine Bürger fest mit anpacken und sich willig in die neuen Lebensformen einfügen. Dazu gehören so einfache Dinge wie der Versuch, der landesbewässerung beizubringen, daß man ein Feld nicht einfach abrennt, wenn man es abgeerntet hat und dann weiterzieht. "Wir müssen auch überall erst einmal Schulen bauen, damit die neue Generation überhaupt die Möglichkeit erhält, das, was wir als Staats- und Parteiführung für notwendig halten, selbst zu lesen und in sich verarbeiten zu können."

Auf die Frage, ob die Hilfe aus Europa und Amerika gerne akzeptiert wird, kommt ein klares Ja. Man sei auf diese Hilfe angewiesen, sagt der Präsident, ganz gleich, ob sie in Form von langfristigen Krediten oder in Form von hilfsbereiten Technikern, Ärzten, Lehrern und anderen Fachleuten gebracht wird. Aber täuschen Sie sich nicht, wir wollen das alles wieder zurückzahlen; wir brauchen eine Starthilfe und werden versuchen, im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre so viel an neuer Organisation in Stadt und Land zu entwickeln, daß wir denn wirklich unsere Freiheit haben."

Die Frage nach politischen oder anderen Ideologien in der Republik Ober-Volta wischt der Präsident mit einer Handbewegung weg. "Wir brauchen Wasser, wir brauchen Schulen, wir brauchen Straßen, und wir brauchen vor allem Menschen, die ihr Land lieben und zu der besseren Freiheit, die wir jetzt haben, auch die innere Freiheit als Nation erwerben wollen."

Staatsführung und Einheitspartei haben gerade jetzt einen Fünfjahresplan aufgestellt, durch den in drei Etappen von je fünf Jahren die vom Präsidenten angedeuteten Ziele erreicht werden sollen. "Vielleicht", so meint der Staatsoberhaupt vorsichtig, "wird sich daraus eine Art humanitärer Sozialismus entwickeln, eine Form der ökonomischen und gesellschaftlichen Einheit unseres Volkes, die aus unseren Eigenarten mit allen unseren Schwächen und Stärken entstehen wird."

Es runert

Als wir das Präsidentenpalais verlassen salutiert am Portal eine in aller französischer Kolonialuniform gekleidete Wache. Im Vorhof des Palais steht ein funkelnader Cadillac, ein Geschenk der amerikanischen Regierung zum ersten Gedenktag an die Forderung der Unabhängigkeit. Am Abend fragen wir einen afrikanischen Freund, ob denn niemand in diesem armen Volk den Aufwand der Staatsführung kritisiere. Er zuckt nur mit den Achseln und sagt ganz beiläufig: "Wissen Sie, bei uns ist das so, der Staatsoberhaupt ist der Chef. Wenn er ein schönes Auto hat, freut sich das ganze Volk. Für die meisten meinetz Landleute gilt ein

unserem Präsidenten gemachtes Geschenk auch als ein Geschenk für sie selbst. Sie fühlen sich dadurch ebenfalls geehrt".

Sicher hat der Mann recht. Denn eine ähnliche Antwort gaben uns auch in anderen Ländern Afrikas einfache Menschen, die wir daraufhin ansprachen. Allerdings ruht es auch in der Republik Ober-Volta. Es gibt nicht wenige in Frankreich auf hohe Schulen gegangene junge Afrikaner, die jetzt zurückkommen und begierig sind, die alten Kämpfer der Unabhängigkeitsbewegung beiseitezuschieben. Um Präsident Yamengo herum hat sich jedoch eine Führungsgruppe gebildet, die zunächst das stürmende Vordringen der jungen Elemente aufhält. Wie lange noch? Niemand weiß es zu sagen. Die weisen Männer aus dem Stamm, aus der großen parteilichen Einheit, sind fest entschlossen, keine Eruptionen zuzulassen. Sie werden sicher auch sehr hart durchgreifen, wenn es notwendig werden sollte. Ihnen zur Seite stehen - fast unsichtbar - die alten Missionare mit ihren großen Afrikaerfahrungen. Es soll alles möglichst christlichsozial bleiben ...

### Ein afrikanischer Weg

Verwirrung aber auch hier. Es gibt europäische Christen, die gerade in der Republik Ober-Volta Inseln der modernen und aufopfernden Nächstenliebe bilden. Angezogen durch ein Schild "Chez Fanny" gehen wir in ein Restaurant. Zuerst glauben wir, in einer der alten Anstaltskneipen aus der Kolonialzeit zu sein. Es gibt eine Bar mit Hockern, dahinter sitzen gutgekleidete Europäerinnen und man bekommt jedes nur denkbare Getränk; von Apfelsaft über Whisky bis Sekt. Trotzdem spürt man bald, daß hier eine besondere Atmosphäre herrscht. Die "Bardamen" sind junge gebildete Parisinnen, meist Bekannte von Arbeiterpriestern, die in Afrika zeigen wollen, daß es in Europa noch aufopferungswillige Menschen gibt, die r a d i k a l mit jeder Art von Kolonialismus gebrochen haben. Sie wollen in ihrem Restaurant und durch die Atmosphäre, die sie verbreiten, die Prostitution und den Mißbrauch des Alkohols bekämpfen. Vornüchtern erteilen sie unentgeltlichen Schulunterricht. Die Afrikaner sprechen nur mit Hochachtung von diesen Frauen.

Nachdenklich verlassen wir Ouagadougou. In der Republik Mali sehen viele Europäer und Amerikaner ein "kommunistisches" Land. Im Nachbarestaat Ober-Volta spricht man von christlich-sozial.

Zwei Länder, zwei Wege - und doch ein afrikanischer Weg.

### Logo - bescheiden und arbeitssam

"Seien Sie herzlich willkommen, wir freuen uns sehr, daß Sie uns besuchen". - Mit diesen Worten, in fast einwandfreier deutscher Sprache, empfängt uns am Eingang des Generalsekretariats der "Union Togolaise" der Generalsekretär und der Ehrenvorsitzende der Partei. Man zeigt uns das Parteihaus mit seinen einzelnen Sekretariaten und stellt uns auch den Schatzmeister vor, der in einem kleinen, mit Sittern

verschonen Büro sitzt und uns ansehrt, als wir ihr sagen, daß der Schatzmeister einer Partei bei uns eine wichtige Persönlichkeit sei. Das Haus ist bescheiden und sehr sauber gehalten. Bald sind wir im Mittelpunkt einer interessanten Diskussion, an der sich die Mitglieder des Parteivorstandes oder "Politbüros", wie man den PV hier nennt, gerne beteiligen. Wortführer ist Savi de Tove, der Präsident der Nationalversammlung, ein junger, sehr gut aussehender intelligenter Mann, der ein elegantes Französisch spricht, aber auch die deutsche Sprache ausgezeichnet beherrscht. Im Verlauf der Unterhaltung bedient sich Tove auch häufig der Landessprache, um einigen seiner Freunde etwas kompliziertere Passagen unserer Diskussion zu verdeutlichen.

### Angst vor Neokolonialismus

Auch hier spricht man natürlich zunächst über die Sorgen des Landes, über die wirtschaftlichen Probleme, man sagt einige Komplimente über die Entwicklungshilfe aus Europa, ist aber dann doch sehr bald beim Kern der n e n s c h l i c h e r Probleme angelangt, die uns überall in Afrika begegnen. Die führenden Leute der U.T. nennen sich auch hier Sozialisten. Sie wollen einen Staat aufbauen, in dem der arbeitende Mensch in Freiheit leben und sein Auskommen finden kann. Als natürlichen Voraussetzungen dazu, ihre fruchtbare Erde, Bodenschätze und vor allem ein reiches Fischfang sind gegeben. Aber sehr offen sagt man uns, daß alle diese Dinge bisher weder gründlich mit- einander in Einklang gebracht werden konnten, noch daß genügend modern denkende Menschen mit Fachkenntnissen vorhanden sind, die in der Lage wären, den Reichtum des Landes für das g a n z e Volk nutzbar zu machen.

Ausländisches Kapital ist erwünscht; man legt jedoch größten Wert darauf, daß es nicht in der Absicht gegeben wird, eine Art Neokolonialismus entstehen zu lassen.

Ein Beispiel dafür, was man darunter versteht: Eine französische Privatgesellschaft betreibt in Togo ein Elektrizitätswerk. Der Strom, den dieses Werk erzeugt, ist so teuer, daß man für ein kleines Haus mit drei bis vier Zimmern und einer Klimaanlage monatlich 100 bis 120 Dollar, also 450 Mark an Stromkosten aufbringen muß. Hier meinen unsere Gesprächspartner, man habe sie durch einen langfristigen Vertrag nach der Erlangung der Unabhängigkeit "gerollt". Aber zur Zeit sind die Jugoslawen dabei, eine neue, dem Staat Togo gehörende Stromerzeugungsanlage zu bauen. (Bemerkenswert ist, daß die Maschinen für das französische Elektrizitätswerk sogar vom togolesischen Staat gekauft wurden!)

### Unter der Laterne ...

Wie unmittelbar ein solcher Zustand das Werden und Wachsen des jungen, unabhängigen Togo Staates hemmt, konnten wir an Ort und Stelle sehen. Wir führen an einem Abend durch die Straßen der Stadt und gehen plötzlich junge Menschen mit Leuchtbüchern und Streifenlaternen unter den schätischen Laterne stehen, wo sie eifrig ihre Schulaufgaben machen. Einer von ihnen - er will Krankenpfleger werden - sagte uns, er müsse abends zum Lernen hierher kommen, da sich seine Eltern zu Hause wegen der hohen Strompreise kein elektrisches Licht leisten können. Oft stehen mehr als hundert junge Leute in der Nähe des



parade der Unabhängigkeit bis tief in die Nacht hinein; sie lernen dort ihre Aufgaben und legen damit Zeugnis ab, wie ernst es ihnen mit ihrem Bildungshunger ist.

Wir haben dieses Erlebnis in unser Gedächtnis geprägt. Es ist eines der lichtvollen Beispiele, die trotz der unzähligen Schwierigkeiten, vor denen die erst kürzlich unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten stehen, einen gewissen Optimismus rechtfertigen.

Im Gegensatz zu manchen anderen Ländern haben wir in Togo das Gefühl gehabt, daß sich die heute führenden Männer großer Bescheidenheit und Fleißigen. Präsident Olympio hat eine Residenz, die unanscheinlicher ist als die Residenz des Staatspräsidenten von Ober-Volta, einem viel ferneren Lande. Auch die Ministerien sind einfach und zweckentsprechend. Kein kostspieliger Aufwand stört das Gesamtbild.

### Israel als Beispiel

Der Arbeitsminister, ein Mann etwa Anfang vierzig, Adouste, umreißt die menschlichen Probleme Togos mit äußerster Präzision. Während wir uns noch beim Parteipräsidium auf die Frage, ob es besser sei, junge Afrikaner zur Fachausbildung nach Europa zu schicken oder sie von jungen Europäern oder Amerikanern hier in Afrika anleiten zu lassen, eine etwas ausweichende Antwort gegeben hatte, entscheidet sich der Arbeitsminister, ohne zu zögern für die zweite Möglichkeit.

"Wir müssen dafür sorgen, daß unsere jungen Menschen in ihrem eigenen Milieu lernen, was für unser Land gut ist. Bei sogenannten Studienaufenthalten in Europa entsteht zu leicht die Gefahr der Entwurzelung".

Der Arbeitsminister nennt uns als hervorragendes Beispiel einer wirkungsvollen Entwicklungshilfe die Aktionen Israels. Er selbst war in Israel, hat dort die Kibbuzim an der Arbeit gesehen, sich von den hervorragenden Ergebnissen überzeugt und die israelische Regierung gebeten, junge Lehrer und Techniker nach Togo zu schicken. Die israelische Regierung hat sofort zugesagt.

An einem Abend saßen wir in Lomé mit mehreren dieser jungen Israeli zusammen. Sie sprechen meist deutsch, französisch, englisch, jiddisch und natürlich hebräisch. Fast durchweg sind sie der Typ des modernen Pioniers, des Mannes, dem man schon nach wenigen Worten anmerkt, daß er selbst in seinem Leben hart gearbeitet hat, daß er viel von der Landwirtschaft und von der Genossenschaftsbewegung versteht. Dieses Beispiel und alle von den Israeli im Lande geleistete Arbeit wird von den Togolesen sehr hoch bewertet. Mehrere Kustordörfer mit Kooperativen, eine sich langsam entwickelnde Nachwuchsschicht von jungen Afrikanern, die für Land nach dem Beispiel Israels aufbauen wollen, zeugen von der Wirksamkeit dieser Art Entwicklungshilfe. Auch bei der deutschen Botschaft in Lomé wurde uns bestätigt, wie wertvoll der Beitrag Israels für den Aufbau der jungen afrikanischen Staaten ist.

### Die Russen durchschaun ...

In Lomé gibt es natürlich auch Russen. Sie haben eine für das kleine Land relativ große Botschaft, benehmen sich verhältnismäßig zurückhaltend, erfreuen sich aber trotzdem keiner großen Beliebtheit.

Wir haben das in Gesprächen mit zahlreichen Afrikanern feststellen können und meistens wurde was als Grund für die geringe Beliebtheit der Russen das mangelnde psychologische Einfühlungsvermögen in die Mentalität des Afrikaners angegeben. Dazu kommt noch eine andere, sehr einfache Sache. Im Gegensatz zu den Botschaften anderer Staaten beschäftigen die Russen nur sowjetisches Personal. Vom Zimmermädchen über den Koch, den Chauffeur bis zum Botschafter sind bei der Sowjetbotschaft alles Russen. Die Bevölkerung von Lome, die natürlich bei den zahlreichen ausländischen Vertretungen auch einträgliche Arbeitsplätze sucht, ist darüber sehr böse. Neuerdings wollen die Russen die "westliche Konkurrenz" dadurch ausstechen, daß sie in Lome ein Kaufhaus errichten, in dem nur russische Waren unter dem Weltmarktpreis verkauft werden sollen. Ein Afrikaner sagte uns lächelnd dazu: "Das wird ihnen auch nicht viel nützen; wir wissen ja, w a s u n s i e es tun!"

#### Geteiltes Land

Im Parteihaus der Union Togolaise steht am Eingang eine Reliefkarte, die so ähnlich aussieht, wie viele Karten von Deutschland, auf denen man die Teilung unseres Vaterlandes darstellt. Gespaltenes Togo, die einzelnen Landesteile mit Kettengliedern zusammengehalten. Der Generalsekretär der Partei sagt uns dazu in deutscher Sprache: "Wir haben dieselben Sorgen wie Ihr. Auch unser Land ist geteilt, und wir verstehen daher sehr gut, was Euer Volk bewegt. Wenn Deutschland einmal in der UNO ist, werden wir Togolesen für Eure Probleme der Wiedervereinigung das größte Verständnis haben".

Von der Bundesrepublik, die hier in Togo unangesehen als der Nachfolger statt sogar des wilhelminischen Deutschen Reiches betrachtet wird, erwartet man viel. Gewiß, die deutschen Kolonialkernern um die Jahrhundertwende waren sehr streng, sagt man uns. Es wurden uns auch Beispiele von Grausamkeiten erzählt. Aber all dies scheint im Laufe der Zeit verwischt zu sein. Man hat später der französischen und zum Teil auch englischen Kolonialherren geholt, man hat sich dem neuen Herrn schlecht und recht angepaßt, aber man schwört immer noch von der "deutschen Ordnung". Keineswegs jedoch spürt man irgendeinen Haß gegen Frankreich, obwohl der jetzige Arbeitsminister, ein früherer Gewerkschafter, noch im Jahre 1958 an einem Jeep gebunden durch die Straßen von Lome geschleift wurde. Sein "Verbrechen" hatte darin bestanden, die gewiß nicht große Gewerkschaftsbewegung zum Kampf für die völlige und baldige Unabhängigkeit Togos aufzurufen. Man weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen europäischen Geschäftsmachern und der französischen Regierung, die in hohem Ansehen steht. Gerade die Männer von der Union Togolaise haben frühere französische Ministerpräsidenten wie Léon Blum noch gut im Gedächtnis. Sie wissen sehr genau, daß er schon vor dem zweiten Weltkrieg seinen Landsleuten geraten hat, die französischen Kolonien in selbständigen Staaten überzuwältigen. Auch da Gaoille steht hoch in Ehren, aber man fragt zögernd, warum er nicht mit jenen politischen Kräften in Frankreich fertig wird, die immer noch das alte Kolonialsystem aufrechterhalten wollen.

#### Opposition im Gefängnis

In Togo ist es ebenfalls sehr schwer zu sagen, ob das Land schon eine Demokratie hat. Nach europäischen Vorstellungen gewiß nicht.

auch hier herrscht die Einheitspartei, und vorwärtsdrängende Oppositionsgruppen wurden aufgelöst; ihre führenden Leute sitzen zur Zeit im Gefängnis. Aber man nimmt die Sache nicht sehr ernst. Wahrscheinlich wird mancher der heute Oppositionellen bald in irgendeiner Regierungstätigkeit wieder auftreten. Die Opposition setzt sich meist aus jungen, intelligenten Afrikanern zusammen, die in Paris oder einer anderen europäischen Stadt studiert haben, zum Teil mit ultralinken Ideen in die Heimat zurückgekehrt sind und denen der Weg zur völligen Unabhängigkeit viel zu langsam erscheint. Gelegentlich stampelt man diese Oppositionellen einfach als "Kommunisten" ab. Der eine oder der andere mag es vielleicht sogar sein, aber als Bewegung gesehen gibt es sehr viele andere Gründe zur Opposition, die oft sogar vom rassistischen oder vom stammespolitischen her kommen. Olympe und die ihn umgebenden Männer der Staats- und Parteiführung meinen, zunächst müsse einmal gearbeitet werden, das Land müsse leben, erst viel später könne man sich über Ideologien unterhalten.

Die Grenze zwischen Togo und Ghana, nur einen knappen Kilometer von der Hauptstadt Lome entfernt, ist an ihren Hauptübergängen stark bewacht. Das heißt aber nicht, daß die Bevölkerung beider Staaten nicht auch hier ständig in Fluß wäre. Die grüne Grenze kann niemand komisch schließen, und da auch die Rassen und Stämme in Ghana und Togo ineinander übergehen, geschieht vieles, was die Regierungen beider Länder nicht wissen oder nicht wissen wollen.

\* \* \*

Wer in Europa diese kurze Schilderung liest, könnte annehmen, daß hier Details von Werden eines Staates dargestellt werden, die auch in anderen, moderneren Staaten eine Rolle spielen. Diese Vorstellung ist falsch, denn schon wenige Kilometer vom Stadtzentrum der Hauptstadt Togo entfernt, ja, wenige hundert Meter von einem großen, modernen, mit allen Raffinessen der Neuzeit ausgestatteten Hotel entfernt, erlebt man Afrika, wie es Stanley und Livingstone erlebt haben. Da stehen die aus Schilf gebauten Fischerhütten unmittelbar am Meeresstrand, da springen Affchen von Baum zu Baum, da riecht es nach geräucherter Fisch, der Hauptnahrung der meisten Küstenbewohner. Die Frauen gehen stolz mit nacktem Oberkörper von ihrer Hütte zum Strand. Wahrscheinlich wissen sie gar nicht davon oder ahnen es nur, daß sich seit der Erringung der Unabhängigkeit ihres Landes irgendetwas geändert hat. Für sie ist Olympe nicht der Staatspräsident, sondern der Chef eines mächtigen Stammes.

Aber die Söhne und die Enkel von denselben Fischern, die noch ganz so wie ihre Väter in kleinen geschützten Booten in der Meeresbrandung dem Fischfang nachgehen, stehen heute am Abend unter einer Straßenlaterne und lernen ihre Lektion von morgen ...

\*

### Cameroon - Verwirrend und widerspruchsvoll

Das erste, was wir in Douala, der Handelshauptstadt Camerouns hören, sind lange und widerspruchsvolle Geschichten vom Scheitern deutsch-camerounischer Wirtschaftsverhandlungen, die offenbar jeden Einwohner der Stadt interessieren. Es genügt, im Gespräch darauf hinzuweisen, daß man Deutscher ist, um sofort gesagt zu bekommen, die Regierung habe auf Wunsch französischer Stellen die Wirtschaftsverhandlungen mit der Bundesrepublik abgestoppt. Wir haben mit Kaufleuten, Gewerkschaftsvertretern und Männern des öffentlichen Lebens gesprochen - alle sagten uns übereinstimmend, die offiziell von der Regierung abgegebene Erklärung, man wolle sich von den Deutschen als souveräner Staat Cameroon nicht ängern lassen, man wolle keine Kontrollen akzeptieren, sei nur ein Vorwand. In Wahrheit fürchte die Regierung, daß ihre Ausgabenwirtschaft unter die Lupe genommen wird, und außerdem seien mächtige französische Wirtschaftsinteressen bemüht, irgendwelche andere wirtschaftliche Einflüsse in Cameroon nicht zuzulassen.

Das ist eine etwas peinliche Situation, denn selbstverständlich hat die deutsche Verhandlungsdelegation in keiner Weise auf innere Angelegenheiten des Landes Einfluß nehmen wollen. Sie hat lediglich an die Kreditvergabe die Voraussetzung geknüpft, daß die mit dem Geld in Angriff zu nehmenden Projekte volkswirtschaftlich überschaubar sind. Noch ist der Handel offen. Demnächst wird eine Delegation aus Cameroon nach Bonn kommen. Ein angesehenes Bürger der Stadt Douala sagte dazu lächelnd: "Nehmen Sie das nicht so tragisch, unsere Minister wollen wahrscheinlich wieder einmal reisen. Außerdem ist ja Deutschland ein schönes Land".

### Ausgehverbot

Im Volk ruht es. Um elf Uhr abends muß die Straße geräumt sein: Ausgehverbot. Draußen im Land gibt es immer noch Terrorgruppen, die schon seit 1958 Dörfer überfallen, hier und dort plötzlich ein Postamt ausheben und die Straßen unsicher machen. Man erhält weder in Douala, noch in der Regierungshauptstadt Yaounde eine klare Information darüber, ob diese Terrorgruppen ein definiertes politisches Ziel haben oder aus Abenteurern zusammengesetzt sind. Offen wird jedoch zugegeben, daß die Banden zu Beginn ihrer "Tätigkeit tschechische Waffen und auch Instrukteure aus Ostblockländern hatten. Auch Teile der in die Illegalität gegangenen "Union des Populations Camerounaises" scheinen ursprünglich mit Terrorbanden in Verbindung gestanden zu haben.

In der Zwischenzeit hat sich eine auf der Grundlage der Vertiefung tätige Gruppe von sieben Abgeordneten gebildet, die sich öffentlich von den Terroristen distanzieren, aber trotzdem von der Regierung nicht die Möglichkeit erhielt, offen aufzutreten. Ein vor kurzem gestarteter Versuch, die Partei durch einen Kongreß wieder zu beleben, wurde von der Regierung durch Polizeimaßnahmen unterbunden. Man ließ den Kongreß einige Tage ablaufen, löste ihn dann aber auf und beschlagnahmte alle Entscheidungsbefugnisse und sonstige Materialien.

Wie verwirrend das alles ist, zeigt folgende Episode: Das offizielle Informationsorgan der Regierung lobte am zweiten Tag des Kongresses die Mäßigkeit der dort gehaltenen Reden und stellte besonders heraus, daß die Partei sich jetzt mit aller Entschiedenheit von den Terroristen losgesagt habe. Drei Tage später jedoch erschien in der einzigen Zeitung Camerouns ein heftiger polemischer Artikel gegen den Kongreß.

Allgemein wurde uns gesagt, daß die Terrorbanden heute keine politischen Zielvorstellungen hätten. Ihre Existenz schreibt man der großen wirtschaftlichen Misere zu, der immer größer werdenden Zahl der Arbeitslosen und der allgemeinen Notlage, die über dem Lande lastet. Diese Begründung wurde uns sogar von Gesprächspartnern gegeben, die in der Verwaltung und in der Regierung tätig sind.

#### Abenteurertum

Es ist sehr schwer zu durchschauen, ob die Regierung von Cameroun - im Gegensatz zu anderen afrikanischen Regierungen - wirklich entschlossen ist, der Wirtschaftsmisere zu Leibe zu gehen. Es gibt viele Pläne, man hat hervorragende Reden über die Absichten gehalten, die die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet hat. Aber kaum ist es möglich, Ansätze zur Verwirklichung dieser Planungen festzustellen. Große französische Firmen beherrschen fast das gesamte Wirtschaftsleben; sie machen recht gute Geschäfte, können dafür aber auch darauf hinweisen, daß die französische Regierung immer noch einen großen Teil der finanziellen Lasten des Staates trägt.

Bei Kontakten mit Männern der Regierung erfährt man, daß die Wirtschaftssituation nicht beringstend sei, daß aber zunächst mit harter Hand durchgegriffen werden müsse, um die Unruhestifter zu liquidieren. Die "Unruhestifter" dagegen sagen das Gegenteil; sie motivieren ihre Haltung gegenüber der Regierung mit der Plan- und Ziellosigkeit der Staatsführung auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens.

Daß in einem solchen Klima politisches und wirtschaftliches Abenteurertum gedeihen kann, ist einleuchtend. Ansätze zu vorwärtschreitenden, politischen und ökonomischen Veränderungen sind kaum sichtbar. Man macht große Ausstellungen, veranstaltet Feste, ist aber offenbar nicht in der Lage, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Das Erstaunliche bei all dem ist jedoch, daß selbst die schärfsten Opponenten des augenblicklichen Systems keinen Haß auf die Europäer durchblicken lassen. Im Gegenteil: Das Verhältnis zwischen Afrikanern und Europäern - in der Mehrzahl Franzosen - ist gut. Und das sagte uns ein Afrikaner, wir sollten das nicht von der Oberfläche täuschen lassen. Ein Funke könnte genügen, um einen Vulkan ausbrechen zu lassen.

Löhne und Gehälter sind in Cameroun sehr niedrig. Wegen der ständig steigenden Arbeitslosigkeit bleiben die Ansätze zu gewerkschaftlicher Organisation in Anfangsstocken. Schlechten Beispielen folgend, sind früher im Kampf für die Unabhängigkeit großgewordene Politiker bereits ins Regierungslager übergeschwenkt oder befinden sich auf dem Wege dahin.

Um das alles zusammenzuhalten, stützt sich die gegenwärtige Regierung in gewissen Sinne auch auf die im Lande stationierten französischen Streitkräfte. Sie werden bei der Bekämpfung von Terrorgruppen eingesetzt. Gelegentlich hört man auch, daß französische Truppen - sie sind nicht zahlreich - in Zusammenarbeit mit der einheimischen Gendarmerie "politische Aktionen" gegen Oppositionsgruppen durchführen.

#### Pensionsansprüche gegen Deutschland

Die deutsche Position in Cameroun ist nicht einfach. Aus ähnlichen Gründen wie in Togo hat der ältere Bevölkerungsteil an die deutsche Kolonialzeit angeblich gute Erinnerungen bewahrt. Noch heute stehen in Douala und Yaounde, sowie an vielen anderen Orten die Gebäude der alten deutschen Kolonialverwaltung. Die deutsche Botschaft in Yaounde muß sich sogar mit Pensionsansprüchen von alten Camerounern beschäftigen, die irgendwann einmal in deutschen Diensten standen. Das kompliziert natürlich alles, weil die Bundesrepublik in keinem Fall das gute deutsch-französische Verhältnis stören kann und will. Im Gegenteil: Oft muß von deutscher Seite sogar ein Wort der Überbrückung gefunden werden, wenn bei manchen Camerounern die Erinnerung an sogenannte gute alte Zeiten zu überschüssig wird.

Es ist anzunehmen, daß im Laufe der Zeit diese Dinge ausgeglichen werden und daß man auch in Cameroun lernt, früher zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannungen als überwunden anzuerkennen. Hierbei machen unsere Gesprächspartner in Cameroun immer wieder den klaren Unterschied zwischen ihren französischen Mitarbeitern und der französischen Regierung auf der einen Seite, sowie französischen Kapitalinteressen großer Privatfirmen auf der anderen Seite. Das alles ist sehr kompliziert und nicht nur von ökonomischer, sondern ein wirkliches Problem; es belastet die Situation in Cameroun besonders von der psychologischen Seite her.

Man könnte glauben, daß unter diesen Umständen kommunistische Einflußnahmen von Erfolg gekrönt würden. Das ist keineswegs der Fall. Nicht nur deswegen, weil die Regierung kommunistische oder Ostblock-Annäherungsversuche nicht zurückweist, sondern auch, weil das Volk von Cameroun selbst ein sehr feines Empfinden für kommunistische Infiltrationsversuche hat.

Die legale Opposition sucht, soweit sie überhaupt in Erscheinung treten kann, eine Plattform zu finden, von der aus dem Kapitalismus der Kampf angesagt werden soll. Hier spielen in Oppositionskreisen, ähnlich wie im Senegal und an der Elfenbeinküste, in R e g i e -  
r u n g s k r e i s e n die Probleme der Neuformung der Gesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage eine große, wenn nicht entscheidende Rolle. Cameroun ist nicht arm; es hat Holz, Gold, Silber und andere Bodenschätze. Sogar Petroleum ist festgestellt worden. Auch die Landwirtschaft würde bei richtiger Organisation des Anbaues und des Absatzes durchaus lebensfähig sein. Aber da seit Jahrzehnten die natürlichen Reichtümer von ausländischen Kapitalgesellschaften ausgebeutet wurden und noch werden, die Regierung ihrerseits nicht in der Lage zu sein scheint, die gesunden Kräfte des Volkes zu mobilisieren, ist seit dem Tage der politischen Unabhängigkeit der Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit verbaut geblieben.

### Panafrika

Die Einordnung Camerouns in eine größere afrikanische Gemeinschaft wird auch hier von Regierung und Opposition eifrig diskutiert. Interessanterweise gibt es in dieser Frage wenig Meinungsverschiedenheiten. Man sieht zwar die größere afrikanische Gemeinschaft als Ziel vor sich, möchte jedoch zunächst die Gemeinschaft Camerouns als Bundesstaat schaffen. Es gibt einen französisch- und einen englischsprachenden Teil Camerouns. Theoretisch bilden beide Teile heute schon einen Staat. Praktisch lebt man jedoch noch nebeneinander und wird erst im Jahre 1964 ein Bundesparlament wählen. Bis dahin sollen auch die Grundlagen für eine Bundesverwaltung geschaffen werden. In der Zwischenzeit toben sich die Stammes- und Rassenkämpfe, die Regionalinteressen und auch die Sprachdifferenzen, sowie die unterschiedlichen Kolonialtraditionen aus. Vielleicht ist das der tiefere Grund, daß die am Anfang dieses Berichtes geschilderten Unzulänglichkeiten des Lebens in Cameroun so schwierig zu beseitigen sind.

Man wünsche der Regierung und dem Volk von Cameroun viel Weisheit und Energie, um so schnell wie möglich den Verschmelzungsprozeß und die Staatswerdung überwinden zu können. Wir haben in Gesprächen mit unseren Freunden in Cameroun immer tröstend darauf hingewiesen, daß auch die Völker Europas einen langen Weg hinter sich haben, bevor sie wenigstens zum Teil als ökonomische Einheit auftreten konnten.

### Auch hier ist Israel Beispiel

Die Hilfe von außen für Cameroun wird sich unter den gegebenen Umständen auch hier auf die Heranbildung von Nachwuchskräften konzentrieren müssen. Es gibt eine hochintelligente Oberschicht, aber leider eine viel zu schwache Mittelschicht, die als natürliches Bindeglied zwischen der Masse der in den Städten und auf dem Lande Lebenden auftreten könnte. Das Goethe-Institut in Yaounde hat jetzt 300 Schüler. Meist sind dies junge Menschen, die aus irgendeinem Grunde ihren Bildungsgang unterbrochen haben, die gern deutsch lernen wollen und im Zusammenhang damit auch handwerkliche oder handwerkähnliche Berufe erlernen wollen. Von anderen europäischen Staaten und von amerikanischer Seite werden ähnliche Hilfen geleistet.

Übereinstimmend wird aber gewünscht, daß der Aufbau einer mittleren Bildungsschicht nach Möglichkeit im Lande selbst erfolgen soll. Mit der Organisation von Auslandsbestecher und sogenannten "Stagen" in Europa oder in den Vereinigten Staaten hat man nicht die besten Erfahrungen gemacht. Die jungen Afrikaner werden in eine völlig andere Welt versetzt, bleiben oft dort und sind dann für den Aufbau ihres eigenen Landes verloren. Deshalb wird auch in Cameroun auf das Beispiel der Leistung Israels verwiesen, jenes kleinen und gewiß nicht reichen Landes, das in zahllosen jungen afrikanischen Staaten mit jungen Israelis das großartige Werk der Kaadrbildung - und Erziehung selbstbewußter Staatsbürger - einer Gesellschaftschichten begonnen hat.

## Kongo-Brazzaville - schwieriger Weg zur Demokratie

Brazzaville, Anfang Februar

Brazzaville, die Hauptstadt des früheren Französisch-Kongo, ist in den letzten Monaten der Zufluchtsort vieler Europäer geworden, die aus Leopoldville, der Hauptstadt des ehemaligen Belgisch-Kongo, über den Kongofluss in ein ruhiges Land und von dort nach Europa zurückströmten. Eine Fähre verbindet heute beide Hauptstädte. Auch wer wenig von den Vorgängen in Elisabethville weiss, wird vor den verängstigten Gesichtern der Menschen an der Anlegestelle der Fähre sofort gepackt. Man wartet auf einen Verwandten, von dem man seit langem nichts gehört hat, auf eine kurze Nachricht, die über den Fluss von einem Fremde gebracht wird - man wartet und hofft, dass "drüben" endlich Ruhe wird.

Brazzaville ist die Stadt der Gerichte. Man hört von neuen Unruhen und Demonstrationen, wobei selten klar ist, wer gegen wen aufzutreten gedenkt. Zahlreiche ausländische Missionen haben verstärkte Botschaften in Brazzaville gebildet, aber deutlicher als irgendwo anders in Afrika fühlt man hier, dass der weisse Mann tatsächlich nur in einer Erwartestellung ist.

### Ex-Priester als Staatschef

Die Stadt Brazzaville selbst bietet sich dem Besucher als Musterbeispiel einer klugen und weit vorausschauenden Politik dar. Weniger als in anderen Städten Afrikas bedrückt einen hier der Unterschied zwischen dem Europäer- und Regierungsviertel sowie dem Stadtteil, in dem die Afrikaner wohnen. Die Wohnviertel der Afrikaner sind eindruckender als woanders, und der Übergang vom alten zum neuen Afrika scheint hier reibungsloser zu verlaufen.

Trotzdem, es gibt auch hier in ehemaligen Französischen Kongo zahlreiche Merkwürdigkeiten. An der Spitze des Staates steht Abbé Fulbert Youlou, ein ehemaliger französischer Priester, den die Kirche die Ausübung der geistlichen Handlungen untersagt hat, ihn jedoch nicht exkommunizierte, so dass er heute noch in den Augen der Bevölkerung "Monsieur l'Abbé" ist. Youlou macht davon reichlich Gebrauch. Er zeigt sich bei öffentlichen Anlässen in einer farbenprächtigen Soutane, deren Couleur je nach dem Ereignis gewechselt wird. Mit weit ausladenden Gehäusen und priesterlicher Würde schreitet der Staatsoberhaupt durch die Straßen ab oder lässt sich vom Volke kuldigen.

### Mit eigener Stimme gewählt

Als der Kongo unabhängig wurde, gab es schon eine Sozialistische Partei, das "Mouvement Socialiste Africain" unter der Führung des jetzigen Vizepräsidenten und SPD-Abgeordneten Jacques Oparagault. "Monsieur l'Abbé" stand an der Spitze einer christlichen Partei, von der man sagt, dass sie weitgehende Unterstützung französischer Verwaltungsgestellten hatte. Bei der ersten Wahl nach der Erlangung der Unabhängigkeit hatten beide Parteien einen fast gleichen Stimmenanteil. Nur mit einer Stimme Mehrheit im Parlament wurde "Monsieur l'Abbé" zum Präsidenten gewählt. Vielleicht hatte er davon gehört, dass auch der europäische Bundeskanzler mit einer, nämlich seiner eigenen, Stimme gewählt worden war ...



Aber das reichte ihm nicht. Plötzlich entstand das Gerücht, die Sozialisten wollten putschen. Französische Gendarmen nahen mit Hilfe einheimischer Soldaten die Oppositionsführer fest und setzte sie zunächst einmal ins Gefängnis. Nun entstand wirklich die Gefahr eines Aufstandes, denn die Anhänger Opangault wollten sich mit dieser "Lösung" des Regierungsproblems nicht zufrieden geben. Als de Gaulle befrüchtete, dass in ehemaligen französischen Kongo eine ähnliche Situation entstehen würde wie in Belgisch-Kongo, wurden kluge Männer eingesetzt, die "Monsieur l'Abbé" zur Vernunft bringen sollten. Der aber suchte nach einem neuen Ausweg, um sich die Macht zu sichern. Er liess er ein neues Wahlgesetz verabschieden, durch das die Wahlkreise so eingeteilt wurden, wie wie es entsprechend der Stammes- und Glaubensgliederung "günstig" für die Regierungspartei erschien; zum anderen hat er seinem Widersacher Opangault einen Ministerposten an-

### Sozialisten in der Regierung

Hier aber zeigte sich, was eine organisierte sozialistische Partei wert ist. Opangault weigerte sich, den Ministerposten anzunehmen, forderte seine sofortige Freilassung und die Möglichkeit, einen Parteikongress einberufen zu können. Die Dinge standen auf des Messers Schneide, als "Monsieur l'Abbé" endlich nachgab. Der Parteikongress der Sozialisten bestätigte die Haltung Opangaults und forderte zugleich, dass neben ihm noch einige andere Mitglieder des Führungsausschusses des FSA zu Ministern ernannt werden. Youlou musste klein beigeben; die Situation im benachbarten Belgisch-Kongo war inzwischen so kritisch geworden, dass man buchstäblich jeden Augenblick mit den Überspringen des Fankens in das ehemalige französische Kongo rechnen musste.

Heute sind von fünfzehn Kabinettsmitgliedern fünf Sozialisten. Ausser Opangault, der Vizepräsident und Justizminister ist, sind der Arbeits-, Wirtschafts-, Informations- und der Planungsminister Mitglieder des FSA. Der innere Frieden konnte wieder hergestellt werden und mindestens nach aussen ist diese auf so merkwürdige Weise zustandgekommene Regierung tatsächlich ein grosser Bewältigungsfaktor in diesem sehr heissen Teil Afrikas.

In der Regierung hat man sich auf einige grundsätzliche und allgemein als richtig anerkannte Massnahmen geeinigt. Dazu gehört eine Politik der Neutralität gegenüber den grossen Machtblöcken. Im afrikanischen Raum befürwortet die Regierung das langsame Zusammenwachsen mehrerer Staaten zu einer Föderation. Brazzaville ist der Sitz des Generalsekretariats für die Zusammenarbeit von vier Staaten auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens, der Zollfreiheit und zum Teil auch der ökonomischen Planung. Diese vier Staaten sind Kongo (Brazzaville), Gabon, die Elfenbeinküste und die Zentralafrikanische Republik.

### Spannungen

Die führenden Männer in Brazzaville haben also zunächst der Fehlbewehrung begraben. Ob das allerdings lange so sein wird, ist schwer zu sagen, denn auch hier beginnen die wirtschaftlichen Probleme im Zusammenhang mit der Modernisierung des Lebens, die Strukturwandlungen im Zuge der Industrialisierung eine grosse Rolle zu spielen.

Ohne Zweifel strebt die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unter Führung des MSA eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an, die wie in zahlreichen anderen afrikanischen Staaten den Kooperativgedanken als Fundament hat. Der andere Bevölkerungsteil, gruppiert hinter der Partei des "Monsieur l'Abbé", befürwortet eine stärkere Anlehnung an eine europäische Wirtschaftsordnung, die natürlich unter den spezifisch afrikanischen Bedingungen die Gefahr in sich birgt, dass an die Stelle des ausländischen der einheimische Kapitalist tritt.

Die Sozialisten sind sehr vorsichtig. Sie wollen nichts Überstürzte brechen; ihr Bestreben ist es, die Neuformung der Gesellschaft und Wirtschaft in einem Prozess der Überzeugung des gesamten Volkes durchzuführen. Das ist natürlich sehr schwierig, und der junge Informationsminister Bazinga, mit dem wir uns längere Zeit über die Probleme seines Landes und über seine Aufgaben unterhalten konnten, sieht sehr deutlich, was den Aufklärungsprozess hemmt. Ihm steht zum Beispiel keine täglich erscheinende Zeitung zur Verfügung; aber selbst wenn er eine hätte, wäre die Breitenwirkung eines solchen Organs auch nicht gross. Mindestens 80 Prozent der Bevölkerung des Hinterlandes können nicht lesen und schreiben. Der Aufklärungsprozess muss also über Rundfunk und Film durchgeführt werden. Die Sendestation Kongo-Brazzaville hat ein gutes Programm, aber was nützt das beste Programm wenn draussen im Lande mindestens 20 000 Transistoren fehlen, um das gesprochene Wort an den Mann zu bringen. Seit einiger Zeit verfügt das Informationsministerium über zwei Filmvorführungswagen. Notwendig wären mindestens acht bis zehn, die überall im Lande Filme über Hygiene, Kinderpflege, neue landwirtschaftliche Arbeitsmethoden und Ähnliches zeigen könnten. Wo jetzt einer der beiden Filmvorführungswagen auftaucht, kommen die Menschen oft aus Entfernungen von 20 bis 30 Kilometern zusammen. Sie erleben die Vorführung als ein grosses Ereignis und es kann festgestellt werden, dass die durch die Filme gegebenen Anregungen bald danach ihre Früchte tragen.

#### Die jungen Minister

Opangault ist ein im ganzen Lande hochgeschätzter Mann. Seine jungen sozialistischen Ministerkollegen geniessen das gleiche Ansehen. Ihre Amtssitze sind betont einfach, das Weser dieser Führer strebt Bescheidenheit, aber auch Zielstrebigkeit an. Man rechnet es ihnen noch an, dass sie verlockende Angebote des "Monsieur l'Abbé" in den Wochen und Monaten höchster Krisengefahr als Person ablehnten, gleichzeitig aber als Mitglieder einer Gemeinschaft ihr Können dem Staat zur Verfügung stellten.

Wir sprachen mit den jüngeren Ministern, bevor wir Opangault selbst trafen. In der Unterhaltung konzentrierten sie sich ganz auf ihr Arbeitsgebiet. Sobald wir über Partei- und allgemeine politische Fragen sprechen wollten, wurden wir häufig darauf aufmerksam gemacht, dass der "Chef" Opangault uns das alles am besten selbst sagen könne. Kommunale und registrierte Opangault einen Tag später dieses Verhalten seiner jungen Freunde.

Dieses kleine Beispiel möge zeigen, dass hier in Kongo-Brazzaville eine demokratische Keimzelle entsteht, deren Bedeutung für die

weitere Entwicklung und besonders nach Wiederherstellung der Ruhe im ehemaligen Belgisch-Kongo ausserordentlich gross werden kann. Falsch wäre es jedoch, wollte man in Europa annehmen, diese Gruppe von Politikern sei ohne Vorbehalt bereit, sich an europäischen Beispielen zu orientieren. Auch sie wollen den ihrem Land und ihrem Volk entsprechenden Weg zu einem modernen Staat gehen. Sie nehmen das Gute aus Europa gern an, bewahren aber eine gewisse Reserve gegenüber Vorstellungen, die nicht im afrikanischen Raum selbst ihre Ursprung haben.

Aus diesen Grunde sind sie auch eindeutig gegen jede Form des Kommunismus. Ihr Antikommunismus ist aber nicht der Ausdruck blockpolitischen Denkens, sondern entstand aus der sehr klaren Überzeugung, dass der neue unabhängige Staat Kongo eine von den besten Traditionen des Humanismus geprägte Gesellschaftsordnung haben soll.

Das jedenfalls ist die Vorstellung dieser Männer von ihren politischen Wirken im Herzen Afrikas. Sie verdienen unser aller Hochachtung.

\*\*\*\*\*